

Anfragen zum Plenum

in der 43. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Klaus Adelt
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie stellt sich der Versorgungsgrad der ärztlichen und therapeutischen Psychiatrie für Kinder, Jugendliche und Erwachsene in der Stadt- und im Landkreis Hof gegenwärtig dar, sind oder werden Sitze in den jeweiligen Planungsregionen frei, falls ja, droht eine Unterversorgung?

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Themen durch den Digital Dialog zwischen Bayern und Nordrhein-Westfalen bisher bearbeitet wurden (bitte für die einzelnen Arbeitssitzungen und Ressorts aufschlüsseln), wie die Staatsregierung die bisherigen Ergebnisse des Dialogs bewertet und welche konkreten Maßnahmen der Staatsregieregierung sich auf die Arbeit des Digital Dialogs zurückführen lassen?

Horst Arnold
(SPD)

Nachdem der stellvertretende Ministerpräsident Hubert Aiwanger am 12.10.2019 im Rahmen der Internationalen Jagd- und Schützentage auf Schloss Grünau bei Neuburg an der Donau öffentlich erklärte, „Ich bin überzeugt, Bayern und Deutschland wären sicherer, wenn jeder anständige Mann und jede anständige Frau ein Messer in der Tasche haben dürfte, und wir würden die Schwerkriminellen einsperren. Das wäre der richtige Weg“, frage ich die Staatsregierung, welche politischen Maßnahmen erachtet der stellvertretende Ministerpräsident hier konkret für sinnvoll, um Bayern und Deutschland „sicherer“ zu machen, inwieweit teilt die Staatsregierung in ihrer Gesamtheit die zitierten Aussagen des stellvertretenden Ministerpräsidenten in Inhalt, Form und Sprache (bitte entsprechend begründen) und inwieweit stufen die Staatsregierung bzw. der stellvertretende Ministerpräsident die Sicherheitslage in Bayern und Deutschland als verbesserungswürdig ein, vor allem bezogen auf die von Staatsminister Hubert Aiwanger angesprochene Personengruppe der „Schwerkriminellen“?

Cemal Bozoğlu
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts aktueller rassistischer Beschimpfungen im bayerischen Jugendfußball bei einem U15-Spiel in Eichstätt frage ich die Staatsregierung, wie viele solche Vorfälle ihr in den letzten zwölf Monaten bekannt sind (bitte jeweils Ort und Datum angeben), ob es in den letzten zwölf Monaten dabei zu strafrechtlichen

Verurteilungen kam und welche Maßnahmen grundsätzlich gegen Rassismus und Diskriminierung im Sport in Bayern ergriffen werden?

Florian von Brunn
(SPD)

Nachdem die Belastung der Münchner Polizei in den letzten Jahren stetig angestiegen ist, frage ich die Staatsregierung, wie sie diese starke Arbeits- und Einsatzbelastung im Bereich des Polizeipräsidiums München konkret kurz- bis mittelfristig reduzieren wird, bis wann die bisher stetig ansteigenden Überstunden reduziert werden sollen, und in welchen Bereichen bzw. Abteilungen das Polizeipräsidium München in den Jahren 2018 und 2019 konkrete Personalzuweisungen erhalten hat (bitte bei Zuweisungen angeben, ob es sich um Vollzeit- oder Teilzeitstellen handelt)?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Linien der Auftragnehmerunternehmen der Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH (BEG) sollen im Zuge der „Modernisierungsoffensive in Regionalzügen“ bis wann mit mobilem Internet per WLAN ausgestattet sein (bitte einzeln angeben) und bis wann sollen die Regionalbahnverbindungen in ganz Bayern versorgt sein?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie könnte „mebis“, das Internetportal des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, für die Nutzung an bayerischen medizinisch-beruflichen und sozialen Rehabilitationseinrichtungen – wie beispielsweise dem Rehabilitationszentrum Haus St. Michael in Würzburg – geöffnet werden, um den Rehabilitanden, die sich nach einer psychischen Erkrankung auf den beruflichen (Wieder-)Einstieg vorbereiten, und dem dortigen Lehrpersonal zu ermöglichen, die digitalen Inhalte für ihren Unterricht zu nutzen, ist die Staatsregierung prinzipiell bereit zu prüfen, ob der Zugang zu den vorhandenen Lehrmaterialien auf „mebis“ für Spezialeinrichtungen zur beruflichen Rehabilitation psychisch erkrankter Menschen hilfreich wäre und inwieweit sieht die Staatsregierung eine generelle Öffnung des Internetportals für berufsvorbereitende Maßnahmen als sinnvoll an?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie die Einführung des Konzepts Klimaschule nach dem hamburgischen Vorbild in Bayern, um Kontinuität und interdisziplinäre Vernetzung von Klimaschutzarbeit an der Schule gewährleisten, wie wir sie für eine effektive Eindämmung des Klimawandels brauchen, als Ergänzung zum Projekt „Umweltschule in Europa – Nachhaltigkeitsschule“, für dessen Auszeichnung es lediglich zwei singuläre Projekte pro Jahr benötigt, ist geplant die Umweltbeauftragten der Schulen zukünftig zentral zu erfassen und inwieweit sollen die Umweltbeauftragten bei allen Aktivitäten rund um das neue Thema Alltagskompetenz an Schulen eingebunden werden?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem im Fall des illegal abgerissenen, denkmalgeschützten Uhrmacherhäusls in München Medienberichten zufolge (<https://www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-obergiesing-uhrmacherhaeusl-staatsanwaltschaft-1.4565936>) von der Staatsanwaltschaft „versehentlich“ ein Schreiben, in dem die Einstellung des Verfahrens mitgeteilt wurde, verschickt wurde, frage ich

die Staatsregierung, aus welchen Gründen ein solches Schreiben im Computersystem der Behörde „vorsorglich“ hinterlegt war, welche weiteren Ermittlungen aktuell veranlasst wurden und bis wann mit einem Prozesstermin zu rechnen ist, nachdem der Abriss bereits zwei Jahre zurückliegt?

Albert Duin
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch die Kirchensteuereinnahmen in Bayern im Zeitraum 2000 bis 2018 jeweils pro Jahr getrennt für die evangelische und die katholische Kirche waren?

Matthias Fischbach
(FDP)

Nachdem zur Umsetzung des DigitalPakts Schule (Vereinbarung vom 17.05.2019) die entsprechende bayerische Förderrichtlinie (dBIR) am 30.07.2019 unterzeichnet wurde und am 31.07.2019 in Kraft getreten ist, frage ich die Staatsregierung, welche weiteren Schritte von ihrer Seite nötig und geplant sind, um eine Antragstellung entsprechend der Richtlinie zu ermöglichen (die benötigten Materialien zur Antragstellung fehlen auf der Homepage des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus noch), bis zu welchem Zeitpunkt die Antragstellung möglich sein soll und welche die Gründe es gibt, dass sich der Beginn des Antragsstellungsprozesses in die Länge zieht?

Anne Franke
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele öffentliche bzw. landkreiseigene Gebäude sind im Landkreis Traunstein in Holzbauweise gebaut, wie viele sind in Planung und um welche Gebäude handelt es sich?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung in Bezug auf die Aussage im Abschlussbericht vom Runden Tisch zum Artenschutz, in dem es heißt: „Die Bayerischen Staatsforsten beabsichtigen noch 2019 [...] einige Tausend Hektar zusätzlich aus der Nutzung zu nehmen, um Lücken zu schließen und so im Spessart, im Steigerwald sowie in den Donau- und Isaraue das weitreichende Verbundsystem von Naturwäldern noch deutlich zu ergänzen.“, wurden im Spessart, im Steigerwald sowie in den Donau- und Isaraue bereits hierzu geeignete Flächen identifiziert, wann in 2019 werden die genauen künftigen zusätzlichen Naturwaldflächen öffentlich vorgestellt und entsprechend gesetzlich gemäß Art. 12a Bayerisches Waldgesetz (BayWaldG) unter Schutz gestellt bzw. bis wann ist mit einer Festlegung von weiteren Großschutzgebieten zu rechnen?

Thomas Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, von wem werden die Kosten (Fahrtkosten, Eintrittsgelder, ggf. Übernachtungen und Verpflegung) von Begleitpersonen für Schülerinnen und Schüler (wie z. B. Krankenpflegerinnen und -pfleger, Schulbegleitungen, persönliche Assistenz) bei Schulausflügen und Klassenfahrten übernommen, an wen müssen sich die Eltern konkret wenden, um diese Gelder für die Begleitperson zu beantragen und wo findet man dazu genaue Regelungen?

Martin Hagen
(FDP)

Nachdem die Breitbandrichtlinie des Freistaates Bayern Ende 2020 ausläuft (letztmögliches Antragsdatum 30.09.2020) und mit Hinblick auf die nötigen, teils zeitintensiven Notifizierungen

derartiger Programme bei der EU frage ich die Staatsregierung, wie sie sich die Förderung von Breitbandanschlüssen mit zukunftsfähigen Bandbreiten nach dem Ablauf des Jahres 2020 nach derzeitigem Stand vorstellt (bitte unter Angabe der für sinnvoll erachteten inhaltlichen bzw. technischen Ausrichtung einer möglichen neuen Förderung sowie der Adressaten dieser Förderung), mit welchen Stellen bereits Gespräche zu einem möglichen neuen bayerischen Förderprogramm laufen (bitte unter Angabe der Erkenntnisse aus diesen Gesprächen, insbesondere Rückmeldungen von kommunaler Seite) und in welchem Umfang die Staatsregierung in diesem Zusammenhang sich darum bemüht/bemühen wird, mögliche bayerische Programme mit den Bestrebungen des Bundes in der Förderung des schnellen Internets zu koordinieren?

Ludwig Hartmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fahrzeuge umfasst der Fuhrpark der Staatsregierung gegliedert, nach Fahrzeugherstellern (bitte Angaben in absoluten Zahlen sowie auch prozentual), wie viele der Fahrzeuge wurden von Unternehmen mit Firmensitz in Bayern produziert und welche Werte hinsichtlich des CO₂-Ausstoßes weisen die unterschiedlichen Modelle auf?

Dr. Wolfgang Heubisch
(FDP)

Nachdem die Staatsregierung nach eigener Aussage in den letzten 15 Jahren zahlreiche staatliche Verpflichtungen gegenüber der katholischen Kirche (etwa bei Bereitstellung von Liegenschaften und Baupflicht an Pfarrgebäuden) einvernehmlich abgelöst hat und dies angabegemäß auch in Zukunft weiter so geschehen soll, frage ich die Staatsregierung, für welche Bereiche dies geplant ist bzw. welche Bereiche sich aus ihrer Sicht dafür anbieten würden?

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, besteht ein Anspruch auf den Zugang von Umweltinformationen gemäß Art. 3 Bayerisches Umweltinformationsgesetz (BayUIG) auch zu Umweltinformationen gemäß Art. 2 Abs. 2 BayUIG (z. B. auch naturschutzfachliche oder klimatologische Gutachten etc.), die von Dritten wie Bauträgern, Projektplanern, Investoren etc. erstellt und an eine informationspflichtige Stelle gemäß Art. 2 Abs. 1 UIG weitergegeben werden und bei dieser Stelle vorhanden sind, besteht ein Anspruch auf den Zugang von Umweltinformationen gemäß Art. 3 BayUIG auch zu Umweltinformationen gemäß Art. 2 Abs. 2 BayUIG (z.B. auch naturschutzfachliche oder klimatologische Gutachten etc.), die von Dritten wie Bauträgern, Projektplanern, Investoren etc. erstellt und an eine informationspflichtige Stelle gemäß Art. 2 Abs. 1 UIG weitergegeben werden und dann von dieser Stelle z. B. zur inhaltlichen Bewertung oder zur Bewertung von Projekten, Bauvorhaben etc. verwendet werden und Einfluss auf die Entscheidung der Stelle betreffend das Projekt haben können und bei dieser Stelle vorhanden sind und besteht ein Anspruch auf den Zugang von Umweltinformationen gemäß Art. 3 BayUIG auch zu Umweltinformationen gemäß Art. 2 Abs. 2 BayUIG (z. B. auch naturschutzfachliche oder klimatologische Gutachten etc.), die von Dritten wie Bauträgern, Projektplanern, Investoren etc. erstellt werden und von diesen direkt in den Verfahren (z. B. für Bauprojekte) vorgelegt werden?

Annette Karl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, hat sie Erkenntnisse darüber, ob der Einsatz von Drohnen der US-Armee über die Grenzen der Truppenübungsplätze hinaus sich in den letzten Monaten verstärkt hat, auf welcher rechtlichen Grundlage finden diese Einsätze und Übungsflüge von Drohnen statt und wie kann dem Bedürfnis der Einwohnerinnen und Einwohner nach Schutz vor Lärmbelästigung Abhilfe geleistet werden?

Paul Knoblach
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nachdem der Landtag die Staatsregierung am 17.07.2019 aufgefordert hat, „insbesondere die geplanten neuen Fördertatbestände, Förderrichtlinien und Vollzugsempfehlungen wie (...) mehr Waren aus biologischer und regionaler Erzeugung in Bayerns Kantinen“ so rasch wie möglich umzusetzen (Drs. 18/3128), frage ich die Staatsregierung, wie sie das Ziel „mehr Waren aus biologischer und regionaler Erzeugung in Bayerns Kantinen“, insbesondere in Bezug auf nicht staatliche Kantinen, konkret umzusetzen plant und bis wann welcher prozentuale Anteil an Lebensmitteln aus biologischer und regionaler Erzeugung in kommunal, staatlich und privat betriebenen Kantinen erreicht werden soll?

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kinder und Jugendliche werden in Heilpädagogischen Tagesstätten (HPT) versorgt, die nicht Deutsch als Muttersprache haben, wie wird die Sprachförderung und Förderung zur Kommunikation in diesen Einrichtungen durchgeführt, wer übernimmt die Kosten für dafür eingesetzte Sprachlehrerinnen und -lehrer sowie Dolmetscherinnen und Dolmetscher, aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken?

Sebastian Körber
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung im Zuge der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses des Bundestags zur gescheiterten Pkw-Maut, zu welchem Zeitpunkt und in welcher Form sie Kenntnis von den unterschriebenen Verträgen zur Erhebung und Kontrolle der Pkw-Maut erlangt hat und inwiefern es im Zusammenhang mit der Vergabe, Implementierung oder Kündigung der Pkw-Maut-Verträge Kontakte mit der Bundesregierung gab?

Andreas Krahll
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie will sie in den geplanten grundständigen Pflegestudiengängen an den Hochschulen für angewandte Pflegewissenschaften die notwendige Grundlagenforschung sicherstellen, um den Studierenden Dissertationen zu ermöglichen?

Nikolaus Kraus
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie kann sie den Kommunen und Gemeinden dabei helfen, in FFH-Gebieten (FFH = Fauna-Flora-Habitat) aufgrund massiver Biberschäden (für jedermann) gesperrte Straßen, wie im Entwurf des FFH-Managementplans Natura 2000 vorgesehen, die Benutzung dieser wieder zu ermöglichen?

Susanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum sich die Rückgabe eines Sekretärs aus der Sammlung des vom NS-Regime enteigneten Kunsthändlers Otto Bernheimer trotz eindeutiger Faktenlage über lange Zeit hinzog und erst erfolgte, nachdem die Erben zur Klärung der Provenienz ein Gutachten erstellen ließen, woher die

Gelder zum Erwerb des Sekretärs stammen und ob zur Zeit weitere Restitutionsforderungen gegenüber dem Bayerischen Nationalmuseum geltend gemacht werden?

Eva Lettenbauer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund der Nicht-Aufnahme von Jugendlichen an der Realschule Heilig Kreuz Donauwörth des Schulwerks der Diözese Augsburg in Donauwörth und den dadurch ausgelösten Irritationen in Teilen der Elternschaft vor Ort, frage ich die Staatsregierung, welche Aufnahmekriterien dürfen Schulen in freier Trägerschaft aufstellen (bitte auflisten), muss in diesem speziellen Fall in Donauwörth ein klar definierter geografischer Einzugsbereich abgedeckt werden und wie kann in Zukunft gewährleistet werden, dass die Eltern vor Ort bei einem anstehenden Übertritt ihrer Kinder umfassend über die Schulsituation informiert werden?

Roland Magerl
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wann wurde die Kinder- und Jugendpsychiatrie im Bezirk Schwaben ausschließlich an die Katholische Jugendfürsorge vergeben, auf welcher Rechtsgrundlage erfolgte die Vergabe und welche Laufzeit haben die Verträge?

Christoph Maier
(AfD)

Vor dem Hintergrund der jüngsten Drohungen des türkischen Präsidenten Erdogan, „die Türen zu öffnen“, sodass 3,6 Millionen in der Türkei befindlichen Flüchtlinge nach Europa kämen, frage ich, welche Kenntnisse die Staatsregierung über einen neuen Flüchtlingsschub in den Schengen-Raum hat und welche Schutzmaßnahmen für Bayern sie angesichts der Bedrohungslage einzuleiten gedenkt?

Hep Monatzeder
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse ihr über Menge und Herkunft des nach Bayern importierten Kobalts, einschließlich des in weiterverarbeiteten Waren, wie z. B. Batterien, enthaltenen Kobalts, vorliegen sowie über welche Informationen die Staatsregierung bezüglich freiwilliger Maßnahmen bayerischer Betriebe zur Vermeidung von schwerster Kinderarbeit und Menschenrechtsverletzungen in ihren Lieferketten für Kobalt und Kobalt enthaltende Produkte sowie deren Wirksamkeit verfügt?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie stellt sich die aktuelle Lage bei der Amerikanischen Faulbrut dar (bitte Darstellung der aktuellen Fälle, Sperrbezirk usw.), welche Faktoren sind für die wiederkehrenden Ausbrüche maßgeblich und wie können unsere Imkerinnen und Imker in Bayern besser unterstützt werden, um den Ausbruch der Amerikanischen Faulbrut zu verhindern?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Förderprogramme für Antiradikalisierungsprojekte gibt es derzeit vom Freistaat, welche Projekte werden daraus derzeit bezuschusst und inwieweit werden die einzelnen Förderprogramme ausgeschöpft?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass sie einer Änderung der Betriebsgrößenklassen im Bereich der Betriebsprüfungen der Finanzverwaltung nach § 3 Betriebsprüfungsordnung zum 01.01.2022 zugestimmt hat, wie werden sich die Änderungen auf die Prüfzyklen der bisherigen und dann neuen Größenklassen

zugeordneten Groß- und Mittelbetriebe auswirken und wie viele Betriebe werden voraussichtlich wegen der Neuordnung von Klein- zu Kleinstbetrieben nicht mehr der Betriebsprüfung unterliegen?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie die Tatsache, dass für Wohlfahrtsverbände und Träger der zu leistende Eigenmittelanteil von 10 Prozent bei durch den Staat geförderten Maßnahmen und Angeboten zu einem steigenden Problem wird, wie gedenkt die Staatsregierung dieses Problem zu lösen, und welche guten Ansätze und Beispiele aus anderen Bundesländern gibt es nach ihrer Auffassung zu dieser Thematik, an denen sie sich hierbei orientieren könnte?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Nachdem die Belastung der Münchner Polizei in den letzten Jahren stetig angestiegen ist, frage ich die Staatsregierung, wie sich die Soll- und Ist-Stellenbesetzung sowie die Verfügbare Personalstärke im Bereich des Polizeipräsidiums München zum 30.09.2019 (insgesamt und pro Polizeiinspektion bzw. Abteilung wie Kripo, SEK etc.) darstellt, wie der Überstundenstand zum 30.09.2019 ist (insgesamt und jeweils pro Polizeiinspektion bzw. Abteilung wie Kripo, SEK etc.) und wie viele Pensionsabgänge im Bereich des Polizeipräsidiums München in den Jahren 2019 bis 2023 zu erwarten sind?

Florian Ritter
(SPD)

Nach Kritik der jüdischen Gemeinde Amberg am Polizeischutz am 09.10.2019, frage ich die Staatsregierung, von wann bis wann an diesem Tag die jeweiligen jüdischen Gotteshäuser der 13 offiziellen jüdischen Gemeinden in Bayern durch mindestens eine Polizeistreife abgesichert waren?

Julika Sandt
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch die Kosten für die Etablierung des sogenannten Großelterntags in Bayern, der jährlich am zweiten Sonntag im Oktober stattfinden soll, im Jahr 2019 waren, wie sich diese Kosten auf die verschiedenen Veranstaltungen bzw. Medien verteilen und wie viel Budget dafür in den nächsten Jahren jeweils bereitgestellt werden soll?

Toni Schuberl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kommunikation (z. B. Weisungen, Berichte, Gespräche, Hinweise u. ä.) zwischen ihr (insbesondere dem Staatsministerium der Justiz) und der Staatsanwaltschaft gab es im mutmaßlichen Geiselhöringer Wahlbetrugsfall und wie begründet die Staatsregierung ihr jeweiliges Handeln?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Art von Unternehmensgründerinnen und -gründern (bitte konkrete Ausrichtung, d. h. technologieorientiert und/oder Social Impact, mit angeben) sollen von dem durch Ministerpräsident Dr. Markus Söder angekündigten Start-up-Fonds profitieren, ab wann sollen die 50 Mio. Euro zur Verfügung stehen und wie wird vermieden, dass der neue Start-up-Fonds sich an die gleichen Adressaten richtet wie der bereits existierende Wachstumsfonds?

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund eines ausstehenden Abschlussberichts der Staatsregierung zur Bewertung des Mordanschlags vom

GRÜNEN)	22.07.2016 beim Olympia-Einkaufszentrum in München frage ich die Staatsregierung, warum der bereits für das erste Quartal 2019, spätestens jedoch zum 01.07.2019 zugesagte Bericht zu den Motiven und Hintergründen des Täters David S. und zur Bewertung der Mordtaten bis zum heutigen Tag immer noch nicht vorliegt, warum der bereits im Juli 2019 vorliegende Berichtsentwurf wieder zurückgezogen wurde und in wesentlichen Teilen überarbeitet werden muss, und bis zu welchem Zeitpunkt der überarbeitete Bericht vorgelegt werden kann?
Gisela Sengl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, welche Kosten werden für die provisorische Sanierung der Alzbrücke in Seebruck veranschlagt, wie ist der Auftragsumfang der Ausschreibung für die Raumempfindlichkeitsanalyse (REA) in Euro und wird die bestehende Alzbrücke auch provisorisch saniert, wenn durch die Raumempfindlichkeitsanalyse kein Trassenkorridor für eine Entlastungsspanne gefunden wird?
Florian Siekmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, ob Ställe für Nutztierhaltung nur dann gefördert werden, wenn sie auf Eigentumsflächen gebaut werden, ob im Falle einer Erbpacht die Möglichkeit einer Förderung besteht und ob es vollkommen ausgeschlossen ist, eine Förderung für Pachtflächen zu erhalten?
Christoph Skutella (FDP)	Wie soll der von Ministerpräsident Dr. Markus Söder am 20.10.2019 in der „Süddeutschen Zeitung“ angekündigte „neue Jahrhundertvertrag mit der Landwirtschaft“ konkret ausgestaltet werden, wie hoch sind die finanziellen Mittel, die dafür benötigt werden und wann soll dieser „neue Jahrhundertvertrag“ geschlossen werden?
Ursula Sowa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, inwiefern kann Art. 161 Abs. 2 Bayerische Verfassung im Rahmen der geltenden Gesetze überhaupt Wirkung entfalten, hält die Staatsregierung die bestehenden Regelungen für ausreichend und welche Maßnahmen hält sie für erforderlich, um eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik zu gewährleisten?
Dr. Dominik Spitzer (FDP)	Inwieweit hat die Staatsregierung Kenntnis über eventuelle Datenschutzmängel, z. B. beim Parallelbetrieb der Telematikinfrastruktur in bayerischen Arztpraxen, welche Ursachen und welchen Handlungsbedarf sieht sie?
Rosi Steinberger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, ist ihr der Bußgeldkatalog für Lebensmittel- und Hygienekontrollen, den Sachsen vor einigen Jahren eingeführt hat, bekannt und plant die Staatsregierung, auch für Bayern einen solchen Bußgeldkatalog zu entwickeln bzw. einzuführen?
Martin Stümpfig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Nachdem im Jahr 2018 nach Prognose des Leipziger Instituts für Energie erstmals eine Strommenge von 10 Terawattstunden importiert werden musste, frage ich die Staatsregierung, inwieweit werden importierte Strommengen in der CO ₂ -Bilanz der Staatsregierung berücksichtigt, wie wird sichergestellt, dass die Strommenge von 10 Terawattstunden des Jahres 2018 in die Bilanzen

eingeht und wann ist eine realitätsnahe Bilanzierung auf Grundlage einer Verursacherbilanz vorgesehen?

Arif Taşdelen
(SPD)

Vor dem Hintergrund der Aussage der Abgeordneten Barbara Regitz am 14.10.2019 beim Vereinsabend des Vorstadtvereins Nürnberg-Nord, dass die Staatsregierung mit den Islamverbänden einen Staatsvertrag abschließen wolle, um diese als Religionsgemeinschaften anzuerkennen, dies jedoch daran scheitern würde, dass die Islamverbände dies ablehnen würden oder sich nicht einig wären, frage ich die Staatsregierung, befindet sie sich bezüglich des Abschlusses eines Staatsvertrags derzeit in Gesprächen mit den Islamverbänden in Bayern, gibt es Gründe, die einem solchen Abschluss entgegenstehen und wie bewertet die Staatsregierung aktuell die Chancen auf einen baldigen Abschluss eines Staatsvertrags?

Anna Toman
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie wird mit Beschwerden in Bezug auf links- oder rechtsextreme Lehrerinnen und Lehrer umgegangen, welche Konsequenzen erfolgen aus einem solchen Fehlverhalten und welche Maßnahmen werden im Aus- und Fortbildungsbereich ergriffen, um unsere Lehrerschaft im Bereich Extremismus zu sensibilisieren und weiterzubilden?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, was ist in den Protokollen des Stiftungsrats der Stiftung Bayerische Gedenkstätten zum Thema KZ-Außenlager Kaufering/Landsberg am Lech Lager VII, zur Machbarkeitsstudie von 2016 über die Ausgestaltung des Außenlagers und über die Europäische Holocaustgedenkstättenstiftung e. V., seit 2007 vermerkt?

Dr. Sabine Weigand
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, mit welchen zusätzlichen Unterlagen und Angaben der Antragsteller im Hinblick auf den hohen Rang des Denkmalschutzes und auf das grundsätzliche Erhaltungsgebot für Denkmäler dargelegt hat, das für ihn nur eine Teilbeseitigung der HuPflA in Betracht kommt (u. a. Vorlage einer Erhaltungsplanung), welche realen, unüberwindbaren Gründe sprechen gegen eine mögliche Umplanung, die den Erhalt des Denkmals unter annähernder Beibehaltung von Baumasse und Funktion der derzeitigen Planung ermöglichen und wurden in der Zwischenzeit alternative Planungen mit dem Ziel der Integration des Denkmals in das Neubaukonzept vorangetrieben?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, begrüßt sie den „FAU Critical Run“, einen von der Studierendenvertretung der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU) organisierten Spendenlauf um Gelder für einfachste Infrastrukturmaßnahmen, wie etwa eine ausreichende Zahl von Steckdosen in Bibliotheken, zu sammeln, wie stellt die Staatsregierung sicher, dass die für (Ersatz-)Neubauten und Sanierungsmaßnahmen an der FAU in den kommenden Jahren notwendigen Investitionen getätigt werden können und für welche dieser Maßnahmen sind bereits Haushaltsmittel eingeplant bzw. konkrete Pläne vorhanden (bitte inklusive groben Zeitplan auflisten)?